

WENDEPUNKTE IN DEN DEUTSCH-TSCHECH(OSLOWAK)ISCHEN BEZIEHUNGEN

In den ehrwürdigen Räumen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in der Mitte Berlins tagte am 14. und 15. März 2002 die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission. In seinem Grußwort würdigte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, die bisherige Arbeit der Kommission und wies ihr gleichzeitig, mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die so genannten Beneš-Dekrete, ihre weiteren Aufgaben im geschichtspolitischen Geschäft zu.

Die Initiatoren der Konferenz hatten als Wendepunkte in den deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen einige Schlüsseljahre herausgegriffen, die, etwas starr, in chronologischer Reihenfolge behandelt werden sollten.

Einen der frühesten Kristallisationspunkte deutsch-tschechischer Konfliktkonstellationen, das Jahr 1848, untersuchte Ralph Melville (Mainz). In den revolutionären Ereignissen sei die tschechische Nationalbewegung so selbstbewusst und effizient aufgetreten, dass dies für die deutsche Öffentlichkeit eine enorme Überraschung bedeutet habe. Melville betonte die besondere Rolle František Palackýs, dessen Absage an die Frankfurter Nationalversammlung die Organisation und Profilierung der tschechischen Nationalbewegung und in der Folge die klare Trennung der Böhmen in ein deutsches und ein tschechisches Lager befördert habe. Die gemeinsame Erfahrung der Niederschlagung der Revolution durch die Truppen von Fürst Windischgrätz sowie die Durchsetzung der kleindeutschen Lösung in der Frankfurter Nationalversammlung brachten wieder eine Annäherung dieser beiden nationalen Lager. Doch der Kremsierer Versuch einer verfassungsmäßigen Lösung des Konfliktes wurde gewaltsam abgebrochen, und die deutsch-tschechische Auseinandersetzung musste sich andere Foren suchen.

Jan Křen (Prag) befasste sich mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich im Jahre 1867, den er als eine Folge der im Schatten des preußisch-österreichischen Krieges einsetzenden Entwicklung einer Zivilgesellschaft mit demokratischen Instanzen in Ungarn ansah. Diese Modernisierungsmomente seien in der westlichen Reichshälfte ausgeblieben. Diese erhielt mit dem Ausgleich zwar eine liberale Verfassung, deren Zweck sei jedoch einzig die Befriedung und Neutralisation des Gebietes gewesen. Durch den Ausgleich keimte erneut die tschechische Hoffnung, dass die Diskussion über Dualismus und Trialismus noch nicht beendet sei, doch die Fixierung der politischen Elite auf das böhmische Staatsrecht habe ihren Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt.

Das 19. Jahrhundert schloss Hans Mommsen (Feldafing) mit seinem Beitrag zur Badeni-Krise des Jahres 1897 ab. Diese sei zwar ein Wendepunkt in der inneren Entwicklung Zisleithaniens, der deutsch-tschechische Konflikt aber, der sich daran entspann, sei nur ein abgeleitetes Problem gewesen. Jede Krise seit 1867 habe die grundsätzliche Frage des Ausgleichs heraufbeschworen. Die Sprachenverordnungen des Ministerpräsidenten Casimir Badeni, die die Gleichstellung beider Landessprachen im behördlichen Dienstverkehr vorsahen, übergingen deutsche Forderungen nach sprachlich getrennten Bezirken in Böhmen und vermieden gleichzeitig die

direkte Zurückweisung des böhmischen Staatsrechts. Auf deutscher Seite schürten sie die Angst vor einer ‚Tschechisierung‘ und mobilisierten eine heftige nationalistische Bewegung der Deutschen, die, so Mommsen, einen Gipfel des nationalen Konfliktes in Böhmen und besonders seiner Ausdrucksformen darstellte. Diese Eskalation sei jedoch nur innerhalb des Denkrahmens der Monarchie möglich gewesen, denn einzig deren Fortbestand habe die Sicherung nationaler Besitzstände garantiert.

Hans Lemberg (Marburg) widmete seine Ausführungen einem Wendepunkt ‚erster Ordnung‘, nämlich der Gründung der ersten Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1918. Einleitend kritisierte er die noch heute oft gehörten, auf eine nationale Sicht beschränkten Deutungsmuster dieses Ereignisses. Für Lemberg ist dieses eher ein Knoten in einem komplexen Beziehungsgeflecht. So verwies er auf die der Staatsgründung vorausgehenden wirtschaftlichen wie moralischen Zerfallsprozesse innerhalb der Monarchie, die in eine ‚samtene Scheidung‘ mündeten. Belastend wirkte sich auf den jungen tschechoslowakischen Staat jedoch die vorherige Herausbildung zweier revolutionärer Identitäten aus, nämlich die der Unterstützer des neuen Staates, die sich auf die Unteilbarkeit der böhmischen Länder beriefen, und die der Befürworter einer Trennung nach ethnischen Grenzen als Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Fragen der Staatsangehörigkeit seien jedoch für die Bevölkerung angesichts der schwierigen Versorgungslage und des chaotischen Alltags von untergeordneter Bedeutung gewesen. Die Forderung nach Selbstbestimmung sei bald nur noch von einigen deutschen Politikern getragen worden, während die Mehrheit der Bevölkerung für den Verbleib im neuen Staat war. Und auch aus Weimar-Deutschland kam für die Deutschböhmen wenig Unterstützung. Die Tschechoslowakei war ein relativ uninteressanter Nachbar, mit dem es keinen Grenzkonflikt gab und dessen deutsche Minderheit lange nicht als Problem wahrgenommen wurde.

Den „Einfluss der nationalsozialistischen Machtergreifung“ auf die Tschechoslowakei behandelte Jaroslav Kučera (Prag). In Bezug auf die Außenpolitik verwies er auf die zeitgleiche Krise der internationalen, kollektiven Problemlösungsinstanzen und die Bemühungen des Präsidenten Beneš um ein Bündnis mit Russland als Ausgleich für die sich andeutende Passivität des Westens. Zu dem des Öfteren diskutierten Charakter der tschechoslowakischen Demokratie in den dreißiger Jahren vermerkte Kučera eine – im internationalen Vergleich – relative Stabilität des parlamentarischen und demokratischen Konsenses. Zwar seien einige repressive Gesetze erlassen, deren Anwendung aber auf klar definierte Bereiche beschränkt worden. Ein Beleg für den Erhalt eines liberalen Klimas in den tschechischen Gebieten sei die Zuwanderung Oppositioneller aus dem Deutschen Reich. In den deutschen Gebieten hingegen breitete sich eine reaktionäre bis faschistische Stimmung aus, was nicht zuletzt ein Resultat der fehlenden Integrationsbemühungen der tschechoslowakischen Politik seit den zwanziger Jahren gewesen sei. Insgesamt werde die Zäsur des Jahres 1933 durch ein hohes Maß an Kontinuität abgemildert. Sie bilde jedoch die Keimzelle einer Demokratieskepsis, die sich bis zum Ende der dreißiger Jahre in die Überzeugung von einer notwendigen Systemveränderung zuspitzte.

Dem wohl deutlichsten Wendepunkt der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, dem Münchener Abkommen von 1938, widmete sich Valerian Bystrický (Bratislava), der einleitend die weltpolitische Bedeutung dieses Ereignisses hervorhob und seine Darstellung deshalb auf einige außenpolitische Aspekte dieses Abkommens beschränkte. Das zentrale Motiv der involvierten Staaten – und auch Beneš – dafür, Hitler gewähren zu lassen, sei der Unwille gewesen, sich wegen der Sudetendeutschen in einen bewaffneten Konflikt zu stürzen. Hitler habe die ‚tschechoslowakische Krise‘ so perfekt inszeniert, dass alle Beteiligten geglaubt hätten, das Münchener Abkommen sei seine letzte Forderung. Bystrický resümierte, dass Nachgeben keinen Frieden schaffe, eine Lehre, die auch für heutige Konflikte noch sehr nützlich sein könne.

Volker Zimmermann (Düsseldorf) präsentierte „Die nationalsozialistische Neuordnung“, die im März 1939 die Tschechoslowakei von der Landkarte entfernte. Die Bewohner des neu geschaffenen Reichsgaues Sudetenland sahen diesen als Erfüllung ihres lange Zeit vergeblich eingeforderten Rechtes auf Selbstbestimmung. Die folgende günstige Wirtschaftsentwicklung bestärkte diese positive Bewertung. Für das Protektorat wollte Zimmermann zeigen, wie sich durch die Besatzungspolitik von ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ allmählich der tschechische Hass gegen die Deutschen steigerte. Zwar seien bereits sehr früh Rachedgedanken geäußert worden, doch die Auffassung, dass ein friedliches Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Staat nicht mehr möglich sei, habe sich erst langsam durchgesetzt, wobei die rassistische ‚Umvolkungspolitik‘ als Katalysator, die Propaganda der Sudetendeutschen Partei des Kampfes bis zum Letzten eskalierend gewirkt haben.

Die anschließende Diskussion kreiste um die Frage, welche Lösungen es alternativ zur Vertreibung hätte geben können. Jan Křen nannte die Vorstellung, die tschechoslowakische Exilregierung hätte die Vertreibung verhindern können, absurd, schließlich habe es sich um eine internationale Lösung gehandelt.

Mit dem dritten Teil der im März 1939 liquidierten Tschechoslowakei, dem Slowakischen Staat, befasste sich Lubomír Lipták (Bratislava). Einleitend konstatierte er die Singularität der nationalsozialistischen Kolonialexpansion in Methoden und Radikalität, als deren Opfer er die Slowakei ansah. Hlinkas Volkspartei diene Hitler als Instrument, das benötigt wurde, weil das Deutsche Reich kaum Kenntnisse über die slowakische Gesellschaft und Mentalität hatte. Der Slowakische Staat war für Hitler, so Lipták, nur ein Schritt auf dem Weg nach Polen. Der Mythos, die Slowaken seien den Tschechen in den Rücken gefallen, sei ein Resultat historischer Verkürzung und politischer Instrumentalisierung und habe nach 1945 sehr belastend auf die Beziehungen der beiden Staatsvölker gewirkt.

Auf die kritischen Anmerkungen von Tatjana Tönsmeier (Berlin), die nach der Verbreitung und Unterstützung der Idee eines unabhängigen slowakischen Staates innerhalb der Bevölkerung fragte, und Monika Glettlers (Freiburg), die auf die Beliebtheit der Partei Hlinkas verwies, entgegnete Lipták, dass nur eine kleine Gruppe die Autonomie gewollt habe und in dieser bedrängten Situation hatte aktiv werden können. Zudem habe der Slowakische Staat gut funktioniert, und diejenigen, die dies nach 1945 nicht verschwiegen hätten, seien dafür verfolgt worden.

Eine weitere Zäsur vor allem der slowakischen Geschichte, den Slowakischen Aufstand von 1944, präsentierte Ivan Kamenec (Bratislava), der einleitend die nahezu mythische Bedeutung dieser Ereignisse für die slowakische Gesellschaft konstatierte. Er beschrieb die wachsende Unruhe und Widerständigkeit der slowakischen Bevölkerung im ‚Schutzstaat‘ und deren Auswirkungen auf die ansässige deutsche Minderheit sowie die hilflosen Befriedungsversuche der deutschen Reichsstellen. Kamenec bemerkte auch, dass die Slowakei der einzige Staat gewesen sei, der eigenständig Deportationen vorgenommen habe. Nach dem Krieg seien dann alle Sünden den Deutschen zugeschrieben und verdrängt worden.

In seinen Ausführungen über „Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ konzentrierte sich Detlef Brandes (Düsseldorf) auf die Fragen, wie der Beschluss zur Vertreibung entstand und welche Ziele dabei verfolgt wurden. Brandes zeigte vor allem die Radikalisierung von Benešs Vertreibungsplänen, in denen die abzutretenden Gebiete immer kleiner und die Zahl der zu Vertreibenden immer größer wurden. Gleichzeitig habe sich in der britischen Regierung die Überzeugung durchgesetzt, die Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa seien endgültig zu lösen, und die Vertreibung der Deutschen sei eine legitime, quasi natürliche Folge ihrer brutalen Politik.

Eine thematische Lücke ergab sich durch den bedauerlichen Ausfall zweier Vorträge zu den Jahren 1948 und 1968, so dass die Chronologie erst bei der „Ostpolitik und die Tschechoslowakei“ wieder einsetzte. Edita Ivaničková (Bratislava) zeichnete die Vorgeschichte des 1973 geschlossenen Vertrages zwischen der BRD und der Tschechoslowakei, der eine 25-jährige Stille in den diplomatischen Beziehungen der beiden Länder beendete. Den internationalen Kontext bildete die versuchte Annäherung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, bei der Deutschland und sein weiteres Schicksal eine zentrale und verbindende Stellung einnehmen sollten. Bei den deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen ergaben sich besondere Widerstände aus dem traditionellen Misstrauen gegenüber Deutschland sowie durch die immer wieder bremsenden Interventionen der SED, die von Prag besondere Solidaritätsbekundungen gegenüber der DDR und politische Abstimmung verlangte. Diese Widerstände schwächten die Wirkung des Vertrages als Einschnitt, und seine Folgen zeigten sich erst langfristig.

Den chronologischen Abriss beendete Vilém Prečan (Prag), der zum Thema „Die Wende 1989/90“ einige Impressionen und Einsichten beitrug.

Für die Abschlussdiskussion forderte Dieter Langewiesche (Tübingen) beherzt dazu auf, die titelgebenden Begriffe der Tagung zu problematisieren und anhand des Gehörten zu prüfen. An den ersten Teil dieses Appells knüpfte Christoph Cornelißen (Düsseldorf) an. Die historische Rede von Wendepunkten führe automatisch zur Frage nach dem Vorher und Nachher, wodurch der Charakter der Zäsur abgeschwächt werde. Ein Blick auf die Manifestierung von Wendepunkten in der Geschichtswissenschaft zeige den ständigen Wandel in ihrer Interpretation. Eine Definition von ‚Wendepunkten‘ müsse darum die Mobilität sowie den konstruktiven Charakter der Geschichtswissenschaft berücksichtigen. Ein weiteres Problem der historischen Schau solcher Schlüsselereignisse sei die strukturelle Asymmetrie auf der Akteursebene. Alle auf der Konferenz behandelten Jahre seien für die tschechi-

sche Seite Schicksalsjahre, während die deutsche Sicht sich wechselnd orientierte. Anschließend beschrieb Cornelißen die Konjunkturen der Wahrnehmung der Tschechen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert durch die öffentliche Meinung und die Geschichtswissenschaft, zwischen denen seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine interpretatorische Differenz klappte.

Jiří Pešek (Prag) kritisierte in seinem Schlusswort die thematische Fixierung der Konferenz auf politische Ereignisse. Bereits die Öffnung zu einer wirtschafts- und sozialhistorischen Betrachtung brächte nämlich ganz andere als die gewählten Wendepunkte zu Tage. Er selbst präsentierte dies am Beispiel der Bildung als Unterthema der Kultur.

Dušan Kováč (Bratislava) äußerte sein Unbehagen über den Begriff ‚Wendepunkt‘, das er hauptsächlich damit begründete, dass ihm keine slowakische Übersetzung dafür einfel. Das zweite, vermutlich bedeutendere Problem war für ihn die Frage, was die „slowakische Sicht“ auf die deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen sei. Er charakterisierte kurz den slowakischen Blick nach Deutschland, der im 19. Jahrhundert einer kleinen Oberschicht vorbehalten und auf Bildungsinhalte begrenzt gewesen sei, nach 1918 dann unter dem Eindruck antideutscher Propaganda von Skepsis geprägt war und schließlich durch die deutsche Hilfe bei der Unabhängigkeit wieder freundlich wurde. Danach sei jedoch die Begeisterung schnell abgeflaut, und der wachsende Hass auf die Deutschen habe sich in der Verfolgung der deutschen Minderheit in der Slowakei entladen.

Kováč resümierte seine Ausführungen damit, dass die slowakische Kultur gegenüber der deutschen immer offen gewesen sei, Slowaken und Deutsche jedoch niemals in einer ‚Konfliktgemeinschaft‘ gelebt hätten. Diese Feststellung wurde durch den Verlauf der Diskussion bestätigt, in der die slowakischen Themen und selbst einige sicherlich strittige Äußerungen zur slowakischen Autonomie nicht aufgegriffen wurden.

Jan Křen wandte sich gegen den inflationären Gebrauch des Begriffes ‚Wendepunkt‘ und forderte einige Qualitätsmerkmale für seine Verwendung, so die Unterscheidung zwischen gelungenen und nicht-gelungenen Wendepunkten und eine Mindestreichweite bis in tiefe, auch mentale Schichten der Gesellschaft. Martin Schulze Wessel (Halle, Berlin) plädierte dafür, mit der Analyse der Wendepunkte nicht bei den böhmischen Ländern stehen zu bleiben, sondern deren exemplarischen Charakter auch auf anderen Gebieten zu erproben. Ralph Melville brach nochmals eine Lanze für eine politikgeschichtliche Sicht und formulierte seine Kritik an den zu sehr auf Polarisierung gerichteten Konferenzbeiträgen. Er hingegen betonte anhand der verfassungsrechtlichen Änderungen in Deutschland und in Österreich im Jahre 1848 Ähnlichkeiten und Kohärenz. Dies sei aber wieder der Titel einer anderen Konferenz, bemerkte Detlef Brandes.

Ein wenig erstaunlich erscheint es, wie wenig die aktuelle und doch sehr hitzige Debatte anlässlich der jüngsten Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman die geruhige Stimmung der Konferenz beeinflusst hat. Dies wirkte zum einen positiv, da sich Kenntnisreichtum und das hohe Niveau des Austauschs bei einer angenehmen Diskussionsdisziplin entfalten konnten und so den meisten Konferenzbesuchern sicher einen großen informativen Gewinn bescherten. Andererseits

konnte man sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, dass dieser Austausch kein echter ist, der auch das Antasten profunder Probleme wagen würde, sondern primär affirmativen Charakter hat. So sei am Ende noch Dušan Kováčs sarkastischer Verweis auf die Verwendung einer slowakischen Variante von ‚Wendepunkt‘ im Zusammenhang mit dem Kaschauer Marathon erwähnt. Die Teilnehmer dieses Rennens machten an einem bestimmten Punkt kehrt und liefen die gesamte Strecke zurück, so dass sie verschwitzt und erschöpft wieder dort ankämen, wo sie angefangen hatten.

Geschwitzt wurde auf dieser Konferenz höchstens hinter den Kulissen.

Berlin

Jennifer Schevardo